

Gesetzliche Rentenversicherung

Utopische Gerechtigkeit

Generationengerechtigkeit ist nur mit Einschränkungen im Hier und Jetzt erreichbar, dies wird beim Blick auf das Loch in der Staatskasse schnell deutlich. Doch auch wenn die Bevölkerung die Notwendigkeit von Reformen einsieht: Wenn es konkret wird, heute zurückzustecken, schrumpft schnell der Anteil derer, die wirklich bereit sind, verantwortlich im Sinne folgender Generationen zu handeln.

Die derzeitigen Staatsausgaben für die gesetzlichen Sozialversicherungssysteme überschreiten bei Weitem die Summe, die allein durch die Einnahmen zur Verfügung stehen würde. Schon mittelfristig ist so die Alterssicherung im deutschen Sozialversicherungssystem nicht tragbar. Das kontinuierliche Anwachsen des Schuldenbergs macht deutlich, dass eine Reform erforderlich ist. Die steigende Höhe der Zinsbelastung durch das Staatsdefizit nimmt der Politik Spielraum bei den Staatsausgaben, so dass schon heute wichtige finanzielle Mittel in den Bereichen Bildung und Erziehung sowie für Investitionen fehlen. Soll die Finanzierbarkeit der Rentenkassen auch für die kommenden Generationen gewährleistet sein, müssen strukturelle Veränderungen vorgenommen werden. Hierzu gibt es drei Alternativen:

Zum einen könnten von der jeweiligen Erwerbsbevölkerung längere Lebensarbeitszeiten verlangt werden. Aufgrund des medizinischen Fortschritts ist die Umsetzung dieser Idee nicht unrealistisch, der Vorschlag erscheint aber 68 Prozent der Deutschen als unfair. Die Vorstellung, länger zu arbeiten, lässt nicht unbedingt positiv in die Zukunft blicken. Allerdings müssen sich die Strukturen der Sozialversicherung an die Veränderungen der Umwelt, namentlich an die längere Lebenserwartung und die bessere körperliche Verfassung im hohen Alter, anpassen, um finanzierbar zu bleiben.

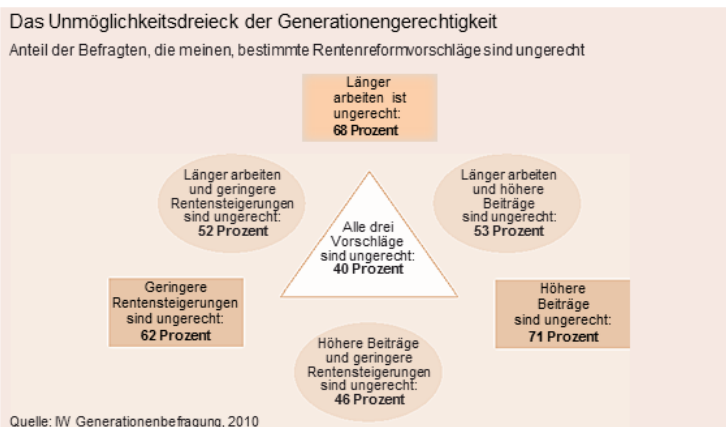
Die zweite Alternative wären höhere Beitragszahlungen für die arbeitende Bevölkerung. So wären mehr finanzielle Mittel für den steigenden Anteil der Rentenempfänger verfügbar. Auch diese Maßnahme wird jedoch von 71 Prozent der Deutschen als ungerecht angesehen, so dass eine Durchsetzung politisch kaum machbar ist. Klar ist, auch hier würde die Erwerbsbevölkerung stärker belastet. Soziale Abgaben sind zudem in Deutschland im internationalen Vergleich schon heute hoch.

Die dritte mögliche Maßnahme zur Reform wären geringere Rentensteigerungen. Auf diese Weise könnte verhindert werden, dass die Kosten für Rentenzahlungen zu stark anwachsen. Diese Eindämmung der Renten wird allerdings ebenfalls von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt. 62 Prozent sehen auch diese Idee als ungerecht an.

Der Wählerwille ist ausschlaggebend für die Möglichkeit von Reformen, und dieser Wählerwille lässt es kaum zu, den Status quo zu verändern. Die Bevölkerung hat zwar die Notwendigkeit zu wesentlichen Reformen erkannt, dafür Verzicht zu leisten will sie nicht. Zudem, und dies verdeutlicht die

Abbildung, lässt ihr Gerechtigkeitsempfinden eine Reform ebenfalls nicht zu:

Vierzig Prozent der befragten Deutschen empfinden sämtliche Alternativen zum Umbau der Alterssicherung als ungerecht. Allerdings unterliegen sie dabei dem entscheidungstheoretisch gut nachgewiesenen Trugschluss, dass man die Wahl hätte zwischen der sicheren Alternative (Status Quo beibehalten) und einer unsicheren Zukunftsalternative. Dabei gibt es immer nur die Wahl zwischen unsicheren Zukunftsvarianten.



Die IW-Generationenbefragung ist eine repräsentative Umfrage und wurde im Oktober/ November 2010 im Auftrag des Roman Herzog Instituts durchgeführt. Mit der Durchführung wurde das Marktforschungsinstitut YouGov Psyconomics beauftragt. Die Antworten der 1035 befragten deutschen Bevölkerung wurden nach Geschlecht, Alter, Erwerbsstatus und Einkommen ausgewertet.

Energieversorgung

Raus aus der Kernkraft

Nicht zuletzt durch das Atomunglück in Japan ist in Deutschland ein Ausstieg aus der Nutzung der Kernkraft gesellschaftlich konsensfähig geworden. Eine eingesetzte Ethikkommission hat bestätigt, dass die Risiken der Kernkraftnutzung zu hoch sind. Aber reicht das aus, um eine Ausstiegsempfehlung zu geben?

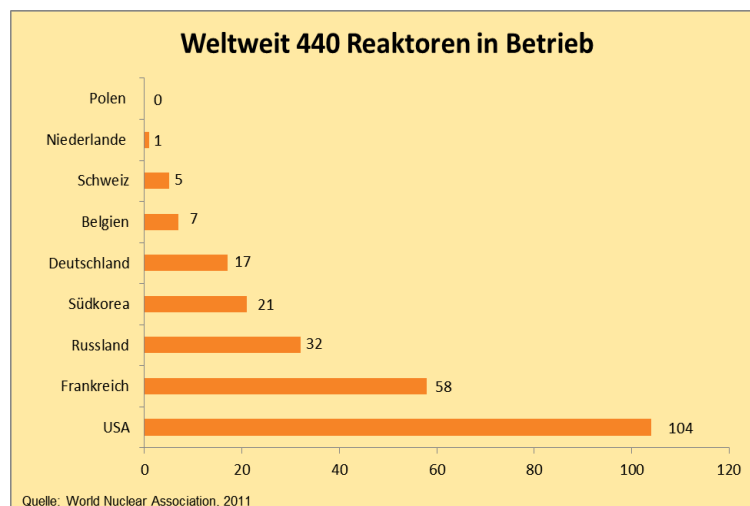
Die nicht erneuerbaren Energien sind das Rückgrat unserer industriellen Entwicklung der letzten 200 Jahre. Kohle, Erdöl und Erdgas werden schon länger genutzt, Uran kam vor einen halben Jahrhundert hinzu. Fast 70.000 Tonnen Uran werden in diesem Jahr in weltweit 440 Reaktoren eingesetzt. 61 weitere Reaktoren sind derzeit im Bau, weitere 158 sind in Planung. Deutschland benötigt dabei 5 Prozent der weltweit nachgefragten Menge an Uran für seine 17 Kernkraftreaktoren.

Mit der Erhöhung der zur Verfügung stehenden Energiemenge durch die Nutzung von Uran konnte der wachsende Bedarf unserer zunehmend industrieller werdenden Wirtschaft gedeckt werden. Den nicht erneuerbaren Energien haben wir einen großen Teil des wirtschaftlichen Aufschwungs und damit unseres heutigen Wohlstandes zu verdanken. Ein Ausstieg aus der Kernkraft heute verursacht denn auch volkswirtschaftliche Folgekosten von rund 55 Milliarden Euro, die sich auf Verbraucher, Erzeuger und Staat verteilen (vgl. iwd Nr. 26 vom 29. Juni 2011).

Die Nutzung des Uran hat, beginnend mit der Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Kahl als erstem deutschen Kernkraftwerk im Jahr 1962, die Menge an Energie für die Industrie immens vergrößert, ohne die mit der beim Verbrauch von Kohle, Erdöl oder Erdgas einhergehenden Umweltprobleme der Luftverschmutzung oder des Waldsterbens zu vergrößern. So konnte der wachsende Energieverbrauch weiterhin gedeckt werden, gleichzeitig konnte sich die Natur um uns herum wieder etwas erholen. Atomkraft galt als saubere Energie, allerdings nur bei

Ausblendung des Problems der Endlagerung radioaktiver Abfälle. Auch die Risiken wurden lange zu gering geschätzt, sind Reaktorunfälle doch erstens unsichere Ereignisse und treten zweitens erst in der Zukunft auf. Zukünftige Lasten ziehen Politiker gegenwärtigen Lasten vor – vor allem, wenn sie erst nach der nächsten Wahl anfallen.

Nun hat die Ethikkommission die Risiken der Atomkraft neu bewertet. Die Folgen eines Unfalls lassen sich laut der Kommission weder räumlich noch zeitlich und auch nicht sozial begrenzen. Unfälle zu vermeiden ist daher nur möglich, wenn die Kerntechnik keine Verwendung mehr findet. Daher empfiehlt die Ethikkommission den Ausstieg aus der Atomkraft, um Risiken grundsätzlich auszuschließen.



Wie kommt es zu dieser Neubewertung? Risikobewertungen werden üblicherweise als probabilistische Sicherheitsanalysen durchgeführt. Jedes denkbare Szenario wird in einem Ereignisbaum dargestellt. Die Wurzel des Baumes ist ein bestimmtes Ereignis (z.B. ein Stromausfall), seine Äste sind mögliche Folgeereignisse, wobei jedem Ast

eine Wahrscheinlichkeit zugeordnet wird. Ein Ast führt hin zum GAU – zum größten anzunehmenden Unfall. Über die jeweiligen Wahrscheinlichkeiten an den Verzweigungen kann die Wahrscheinlichkeit des GAUs ermittelt werden. Das Problem ist, dass nur denkbare Szenarien abgebildet werden, und dass zudem nicht alle Wahrscheinlichkeiten bekannt sind, sondern viele geschätzt werden müssen. Dies macht das Ergebnis der Risikoschätzung angreifbar. Unbestreitbar ist aber: Ein Restrisiko beim Betrieb bleibt (immer). Um dieses auszuschließen, muss man die Kraftwerke abschalten. Doch eine Abschaltung allein in Deutschland reicht nicht aus, denn die Folgen eines GAUs sind nicht räumlich abzugrenzen. Ein einseitiges Abschalten verursacht hohe Kosten, ohne die gewünschte Sicherheit zu geben. Der Ausstieg aus der Atomkraft mag nicht nur aus ethischer, sondern auch – der Neuberechnung der Risiken eines GAU folgend – aus ökonomischer Sicht sinnvoll sein. Doch er muss in internationaler Übereinstimmung vollzogen werden.

Autor: Michael Neumann

Umweltschutz

Wie wichtig ist die Schöpfung?

Während in Frankreich neue Atomkraftwerke gebaut werden, steigt Deutschland aus der Atomenergie aus. Dies ist sicherlich nicht nur aus Angst vor dem GAU erfolgt, sondern auch Folge eines hohen Umweltbewusstseins. Zum Schutz der Natur sollen in Deutschland außerdem die Nutzung alternativer Energien zur Stromerzeugung etwa durch Windräder oder Solarstrom oder im Fahrzeugbereich der Umstieg auf Elektroautos gefördert werden.

Schlechte Luft und saurer Regen haben seinerzeit den Anstoß gegeben, den Umgang mit der Natur zu überdenken. Viele Maßnahmen – beispielsweise die Umweltschilde oder die Mülltrennung – wurden hierzulande inzwischen umgesetzt. Auch die staatliche Förderung zur Gewinnung von Energie auf regenerativer Basis hat zum Schutze der Umwelt beigetragen. Deutschland nimmt hier eine Vorreiterrolle ein.

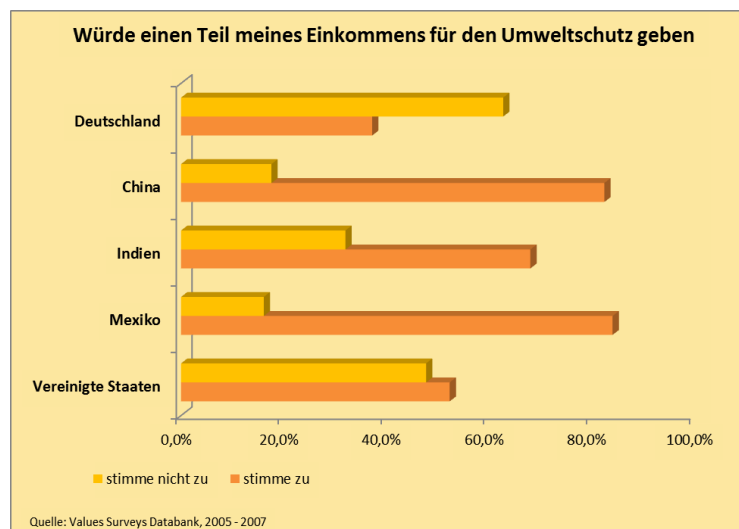
Betroffen von den Folgen von Umweltverschmutzung sind alle Länder dieser Erde. Bedingt durch den Klimawandel nehmen in einigen Regionen Überschwemmungen und intensive Regenfälle massiv zu, während andere Länder unter Hitzewellen und lang anhaltenden Dürreperioden mit der Folge von Ernteaussfällen leiden. Hauptverursacher sind vor allem die reichen Industriestaaten, die durch ihre Lebensweise den Klimawandel maßgeblich verursacht haben. Die Konsequenzen treffen jedoch zuerst die Entwicklungsländer, die sich davor mangels finanzieller Mittel viel schlechter schützen können.

Die Kirche sieht sich beim Umgang mit der Schöpfung gegenüber den Armen, den künftigen Generationen und der ganzen Menschheit in der Pflicht und mahnt zu verantwortungsbewusstem Handeln. Dies hat Papst Benedikt XVI. in der Enzyklika „Caritas in veritate“ sehr deutlich zum Ausdruck gebracht. Nur durch einen tatsächlichen Gesinnungswandel dürfte es möglich werden, die Entscheidungen für Konsum, Sparen und Investitionen zu beeinflussen. Es erfordert gemeinsames Handeln auf in-

ternationaler Ebene, um Umwelt, Ressourcen und Klima schützen zu können. Die Kirche fordert daher auch die hochindustrialisierten Länder auf, ihren Energieverbrauch zu verringern. Die Suche nach alternativen Energien müsse weiter beschleunigt werden. Über eine gerechte internationale Kostenverteilung konnten sich die Politiker aber auch anlässlich des Klimagipfels in Kopenhagen im Dezember 2009 nicht einigen – der Gipfel gilt als gescheitert.

Effizienter Umweltschutz kann jedoch nur dann erreicht werden, wenn sich alle daran beteiligen. Dazu sind viele Menschen auf der Welt bereit, Kosten zu tragen: Eine Umfrage dazu hat ergeben, dass auch Chinesen oder Mexikaner bereit wären, einen Teil ihres Einkommens für den Umweltschutz herzugeben. In China sind es erstaunlich hohe 82 Prozent der Menschen, die einer diesbezüglichen Frage zustimmen.

In den reicheren Staaten ist man da sogar eher zurückhaltend. In den Vereinigten Staaten würden immerhin noch rund 52 Prozent einen gewissen Teil ihres Einkommens für den Umweltschutz opfern. Eher gering ist die Bereitschaft, sich finanziell am Umweltschutz zu beteiligen, in Deutschland:



Nur 37 Prozent der Deutschen wollen sich mit ihrem Einkommen an weiteren Maßnahmen zum Umweltschutz beteiligen! Hier überwiegt sogar klar der Anteil derer (etwa 63 Prozent), die keine Bereitschaft zeigen, sich mit ihrem eigenen Geld zu beteiligen.

Woran liegt das? Vermutlich verbirgt sich hinter der geringen Zahlungsbereitschaft in Deutschland ein abnehmender Grenznutzen. In Deutschland ist das Umweltengagement hoch und damit auch der Umweltschutz im weltweiten Vergleich relativ ausgebaut. Daher ist der zusätzliche Nutzen – der Grenznutzen – bei weiteren Maßnahmen geringer, als wenn in anderen Ländern erste rudimentäre Schutzmaßnahmen eingeleitet werden. Gleichzeitig sind die Beiträge für den Umweltschutz in Form von Steuern und Abgaben sowie Regulierungen im internationalen Vergleich recht hoch. Vielleicht eine Botschaft an die Politik zum Beispiel beim Klimaschutz noch stärker auf internationale Lösungen zu setzen.

Autor: Simone Gottwald

Gerechtigkeit zwischen den Generationen

Was für eine Welt wollen wir unseren Kindern vererben?

Generationengerechtigkeit ist ein aktuelles Thema. Politiker diskutieren über die Entwicklung der Renten und über Zielkonflikte des Staatshaushalts, Berichte über Umweltkatastrophen beschäftigen internationale Hilfsorganisationen unaufhörlich. Will man für kommende Generationen mindestens gleiche oder bessere Lebensbedingungen schaffen, müssen schon heute nachhaltige Maßnahmen ergriffen werden. Effizient geht dies nur, wenn Prioritäten gesetzt werden. Doch welche Themen der Generationengerechtigkeit sind den Deutschen am wichtigsten? Wo soll investiert, und wo kann gespart werden?

Ein klares Ergebnis liefert die IW-Generationenbefragung (vgl. zur Datengrundlage Seite 1) gezogen werden: Bildung und Bildungschancen sind das wichtigste Gut, das wir der nächsten Generation vererben wollen. Dies bestätigen 96 Prozent der befragten Deutschen, wobei der Anteil der Frauen, die Bildung als sehr wichtiges Erbe an die kommende Generation schätzen, noch um zwei Prozentpunkte höher ist als der Anteil der Männer. Die Politik sollte den Fokus der Staatsausgaben mit Blick auf die Generationengerechtigkeit weitaus mehr auf ein gutes Bildungs- und Ausbildungssystem legen.

51 Prozent der Deutschen gehen davon aus, dass es den kommenden Generationen diesbezüglich schlechter gehen wird, wenn keine Reformen unternommen werden. Offensichtlich hat die Bevölkerung die Ressource Humankapital als Basis für eine fortschrittliche und zukunftsfähige Gesellschaft erkannt. Die Kontinuität der Berichte über den demographischen Wandel oder den Fachkräftemangel könnten Gründe für dieses Bewusstsein sein. Die deutsche Bevölkerung wird in den nächsten Jahrzehnten schrumpfen und altern. Die Anforderungen an den Einzelnen zur Finanzierung der sozialen

Sicherungssysteme werden zunehmen, und diese Anforderungen lassen sich nur dann schultern, wenn unsere Kinder im Arbeitsleben noch produktiver werden als wir dies heute sind.

Als weitere wichtige Maßnahme mit Hinblick auf die Generationengerechtigkeit wird der Abbau der Staatsverschuldung angesehen. Dieses Ziel ist für die heute ältere Generation mit einem Anteil von insgesamt 90 Prozent wichtig. In der heute jüngsten Generation findet die Aussage „Der Abbau der Staatsverschuldung ist wichtig“ immerhin noch bei 77 Prozent Zustimmung. Gleichzeitig kämpfen viele EU-Staaten mit immensen Schuldenlasten, die teilweise auch zusätzlich von Deutschland getragen werden müssen. Die Zinszahlungen beschränken die Ausgaben für Investitionen in wichtige gesellschaftliche Bereiche wie zum Beispiel Kinderbetreuung oder Bildung. Die Schuldenbremse kann – so ist zu hoffen – eine wirksame Schranke zumindest für die Neuverschuldung sein.

Trotz der fast täglichen Meldungen über Umweltkatastrophen und den voranschreitenden Klimawandel befindet sich die Wichtigkeit des Umweltschutzes „nur“ auf dem dritten Platz. Dabei lässt sich ein signifikanter Unterschied bezüglich des Antwortverhaltens nach Geschlecht feststellen: Frauen weisen dem Umweltschutz eine größere Bedeutung zu als Männer. Dass allgemein andere Ziele als wichtiger

beachtet werden, kann wohl darauf zurückzuführen sein, dass die klimatischen Vorfälle bisher meist andere Kontinente betreffen und Deutschland ein Vorreiter beim Umweltschutz ist (siehe auch Seite 3). Die Deutschen sehen dieses Themenfeld zudem eher als ein globales als ein nationales Problem an.

Das Bewusstsein in der deutschen Bevölkerung für Fragen der Generationengerechtigkeit ist groß. Von größter Wichtigkeit sind dabei die Bildungschancen. Ein finanzielles Erbe zu hinterlassen, rangiert übrigens nur auf den hinteren Plätzen...

Autorin: Inna Knelsen

